

Und – Premiere gelungen?

Auf jeden Fall. Diese Form hat sehr gut funktioniert. Wir konnten überall auf einem einheitlichen Qualitätsniveau arbeiten und damit die Früchte unserer inzwischen fast 17-jährigen, auf einem einheitlichen Konzept basierenden Ausbildung der Führungskräfte ernten.



Benedikt Liefänder(mi.) war in München Gesamteinsatzleiter.  
(Fotos: MHD)

Bei fast 3.000 Einsatzkräften waren Sie auf alle Diözesen angewiesen. Waren sie mit der Unterstützung aus dem übrigen Bundesgebiet zufrieden?

Ja, wir hatten keine Probleme, das erforderliche Personal und Material zu akquirieren. Wir sind überall auf offene Ohren gestoßen. Wobei allerdings die Verlässlichkeit zwischen Meldung und Erscheinen am Einsatzort durchaus noch besser werden kann. In beide Richtungen übrigens: einige sind trotz Meldung nicht gekommen, andere vor Ort erschienen, ohne gemeldet zu sein.

Wie haben Sie selbst bei den Veranstaltungen den Unterschied zum Weltjugendtag erlebt?

Das große Jugendtreffen war geprägt von überbordender, manchmal auch ausgelassener Freude. Jetzt waren auch viele ältere Menschen dabei, die ihre Freude, dabei sein zu dürfen, ein wenig ruhiger, innerlicher ausdrückten.

Was nehmen Sie für die Zukunft aus diesem Einsatz mit?

Wir sollten den hohen Leistungsstandard, der für ein großes Renommee der Malteser in diesem Bereich gesorgt hat, engagiert weiterführen und ausbauen. Das heißt konkret, die Ausbildung weiter forcieren und so die wertvollen Erfahrungen an die zukünftigen Führungskräfte weitergeben.

Verband der Arbeitsgemeinschaften  
der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes  
in der Bundesrepublik  
Deutschland e.V.

## Desorganisation im Katastrophenschutz vermeiden

2006 führten einige Vorstöße auf Bundes- und Landesebene zu teilweise erheblichen Irritationen bei den die Aufgabe tragenden Organisationen und Verbänden. Eigentlich sollen Reformen zu einer Verbesserung des Bestehenden führen. Sonst sind es nur Veränderungen ohne innovativen Wert und Fortschritt. Wirkliche Reformen setzen eine regelmäßige und vertrauensvolle Kooperation und Konsultation der Beteiligten voraus, um diese nachhaltig erfolg-



reich umzusetzen. Die überwiegend ehrenamtlich im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen werden jedoch noch zu wenig in die Weiterentwicklung des deutschen Hilfeleistungssystems eingebunden.

So bot sich mit dem neu aufgebauten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gerade erst eine ermutigende und disziplinübergreifende strategische Plattform für Innovationen in der Gefahrenvorsorge. Doch schon schmiedete man im Bundesinnenministerium Pläne, diese inzwischen wieder mit hoher Kompetenz ausgestattete Bundesoberbehörde mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) zu verschmelzen. Nahezu alle Hilfeleistungsträger im Katastrophenschutz nahmen hierzu kritisch Stellung. Zu befürchten waren Interessenkollisionen, die auch zu einer Beeinträchtigung der Neutralität des Amtes führen könnten, wenn das Bundesamt sich an nur eine der in Deutschland mitwirkenden Katastrophenschutzorganisationen binde. Insbesondere die Verzahnung der politisch-strategischen Planungs- und Konzeptionsebene, welche in einem Bereich komplexer Sicherheitsvorsorge alle Kompetenzfelder der zivilen Gefahrenvorsorge beinhalten sollte, mit dem fachlich begrenzten Leistungsprofil des THW auf der operativen Schutzebene, würde auch nach Auffassung der ARKAT dem Anspruch der Aufgabe nicht gerecht werden können. Nach der Erklärung von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble auf dem 3. Deutschen Feuerwehr-Verbandstag am 4. 11. 2006 in Büsum ist das Thema hoffentlich endgültig vom Tisch.

Ebenfalls für Verstimmung sorgte in Niedersachsen zum Jahreswechsel das Vorhaben von Innenminister Uwe Schünemann, den bisher in seinem Ministerium angesiedelten Sachverstand für den Brand- und Katastrophenschutz künftig in das Landespolizeipräsidium zu verlagern. Wie bereits in der Frage der in Niedersachsen geplanten „Bunten Leitstellen“ für Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst intervenierten zunächst die Feuerwehren. Die Integration der komplexen Aufgabe Katastrophenschutz in die Organisationshoheit der Polizei mit ihrem in den Prioritäten klar definierten Auftrag würde diese vermutlich nicht nur überfordern, sondern im Bewusstsein der Öffentlichkeit auch den Eindruck einer Redelelegation von Aufgaben mit Verfassungsrang auf nachgeordnete Fachbehörden vermitteln. Die polizeiliche Gefah-

renabwehr unterscheidet sich deutlich von der nichtpolizeilichen. Auch hier ist die Büsumer Erkenntnis von Bundesminister Schäuble zu teilen, der für seinen Verantwortungsbereich erkannt hatte, daß es „institutionell falsch sei, einen Teil des Gesamtbereiches, der koordiniert werden soll, mit der Koordinierung zu beauftragen: Da gäbe es immer Missverständnisse.“

Die Diskussion der Schnittstellen zwischen militärischen, polizeilichen und zivilen Sicherheitsfunktionen nimmt gegenwärtig in Politik und Medien einen breiten Raum ein. Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit überschneiden sich zunehmend. Da ist es nicht nur legitim, sondern auch Verpflichtung, sich mit veränderten Gefahrenszenarien und deren Risiken für Staat und Gesellschaft zu befassen. Die dringend notwendige Beschäftigung mit diesem Thema darf jedoch nicht „Strategen“ überlassen bleiben, die in der Regel über keine operativen Erfahrungen auf diesem Feld verfügen. Auch dürfen nachhaltige Veränderungen unserer Sicherheitsarchitektur nicht weiterhin durch vermeintliche Denkbarrieren (Zuständigkeiten) blockiert werden.

Der Aufbau einer wirklich integrierten und modularen Sicherheitsarchitektur ist nicht von heute auf morgen erreichbar. Integration darf dabei auch nicht als bloße Eingliederung von Teilelementen der Gefahrenabwehr in andere Organisationsformen verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, in dem weiterhin autonome Organisationen, Einheiten und Einrichtungen in einem Gesamtsystem der Gefahrenabwehr und -vorsorge kommunikativ, logistisch und führungstechnisch flexibel miteinander vernetzt zusammenarbeiten. Vor nicht ganzheitlich durchdachten „Schnellschüssen“ kann also nur gewarnt werden. Die großen Herausforderungen in der Katastrophenvorsorge stehen Deutschland und Europa vielleicht erst noch bevor. Staat und Politik haben sich der Aufgabe deshalb mit Kompetenz und Verlässlichkeit zu widmen.

*Klaus-Dieter Kühn  
Bundesvorsitzender der ARKAT*